

Unsere aktuellen Forderungen und Erfolge (Stand 8/20)

Aktueller Überblick über unsere Forderungen an die Politik für Sie:

- Entschädigungsfonds:
 - Land/Bund
- Konjunkturprogramm:
 - Kurzarbeitergeld: Verlängerung der Regelung
 - Überbrückungshilfe für Unternehmen und Konsumimpuls für die Binnennachfrage
 - Innenstadtfonds zur Unterstützung der Städte und Gemeinden
 - Belastungsmoratorium zur Unterstützung der Wirtschaft
 - Digitalisierungszuschuss, besonders für kleine und mittlere Unternehmen
 - Investitionsoffensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes
- Aus dem steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Bereich:
 - Verlustrücktrag von 3 bis 5 Jahre, Anpassungen des Volumens
 - Steuerliche Abschreibungen von Krediten (Zinsen und Tilgungen)
 - Wegfall der Hinzurechnung von Mieten und Pachten zur Gewerbesteuer
 - Verschonungsbedingungen der Erbschaftssteuer anpassen
 - Grunderwerbsteuer auf 3,5 % (Land)
 - Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter von 800 € auf 1000 €
 - Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen
 - Anpassung aller energiepolitischen Steuern
 - Übernahme der **Mietkosten** für die zwangsgeschlossenen Unternehmen, mind. zur Hälfte
 - Weitere Stundungsmöglichkeiten für Sozialversicherung etc.
 - Insolvenzrecht: Verlängerung der Aussetzung zur Pflicht zur Stellung eines Insolvenzantrages
- Erleichterung bei der Kreditgewährung:
 - Nullverzinsung bei KfW-Krediten
 - Wegfall von Vorfälligkeitszahlungen bei früherer Rückzahlung
 - Leichtere Zugänge zu Krediten mit 100 % Bürgschaftsübernahme auch für Unternehmen unter 10 Mitarbeiter
- Belebung des Konsums
 - In 2020 und 2021 4 – 8 Verkaufsoffene Sonntage auf Antrag der Werbegemeinschaften
 - Wegfall des Anlassbezugs bei VO-Sonntagen
 - Konsumschecks
- Wegfall von Bürokratiebelastungen, die unnötig sind, z.B.:
 - Wegfall von Meldepflichten für 2021
 - Wegfall vom Sonntag- und Feiertagsfahrverboten – befristet
 - Lockerungen im ArbZ – befristet
 - Bundesweite Kassenumstellung auf 2021 verschieben
 - Plastiktütenverbot auf 2021 verschieben
 - Elektroaltgeräterücknahmen zurückstellen
 - One in, one out - Regelung
 - Landesbürokratieabbaugesetz
 - Anpassung DSGVO

Hygienemaßnahmen und Masken:

- Freiwillige Maskenschutzpflicht für Mitarbeiter im Einzelhandel oder Zulässigkeit von Faceshields
- Hygienemaßnahmen optimieren und sehr flexibel an die sinkenden Infektionszahlen, ggf. auch regional, anzupassen

Aktueller Überblick über unsere bereits durchgesetzten Forderungen:

Erfolg braucht Verbündete - so lautet seit langer Zeit unser Motto beim Handelsverband. Wir haben uns für Sie als Ihre Interessenvertretung auf allen Ebenen eingesetzt und konnten in folgenden Bereichen Erfolge unserer Lobbyarbeit feiern:

Wiederöffnung von Ladengeschäften

- Die Zutrittsbeschränkungen wurden aufgehoben
- Die Quarantäneregelung für Auswahlen wurde entfernt
- Die Maskenpflicht in Geschäften ohne Kundenkontakt wurde erlassen
- Die Flächenabtrennung für Händler mit einer Netto-VK-Fläche über 800qm wurde gestattet
- Öffnung von Ladengeschäften mit einer Verkaufsfläche bis 800 qm seit 20.4.2020
- erweiterte Öffnung der Einkaufszentren
- Kassenumstellung BW auf 31.03.2021 unter bestimmten Voraussetzungen verlegt

Infektionsschutzkonzept

- Das Infektionsschutzkonzept des HBWs ist als besonders gut geeignet eingestuft, um die Vorgaben umzusetzen (seit Mitte April verfügbar)

Erleichterungen im Anspruch auf Kurzarbeitergeld:

- Ein Anspruch auf KUG besteht, wenn mindestens 10 % der Beschäftigten einen Arbeitsentgeltausfall von mehr als 10 % haben. Vorher lag der Prozentsatz bei 30 %.
- In Betrieben, in denen Vereinbarungen zur Arbeitszeitschwankungen genutzt werden, wird auf den Aufbau negativer Arbeitszeitkonten verzichtet.
- Bei Aufnahme einer Nebenbeschäftigung in einem systemrelevanten Bereich bleibt das Nebeneinkommen in der Zeit vom 1.4.2020 bis 31.10.2020 anrechnungsfrei, soweit das Entgelt aus dem Nebeneinkommen mit dem verbleibenden Ist-Entgelt das Soll – Entgelt nicht übersteigt.
- Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld sind beitragsfrei bis zu 80% des Unterschiedsbetrages zwischen dem Sollentgelt und dem Ist-Entgelt.

Erleichterungen im Sozialrecht:

- Für geringfügige Beschäftigungen wird die Zeitgrenze von drei auf fünf Monate ausgeweitet (befristet für die Zeit vom 01.03.2020 bis zum 31.10.2020).
- In der Zeit der kurzfristigen Beschäftigung fallen keine Sozialabgaben an und es gibt keine Verdienstobergrenzen.

Erleichterungen im Insolvenzrecht:

- Die Pflicht zur Stellung eines Insolvenzantrages wird bis zum 30.9.2020 ausgesetzt.

Erleichterungen im Schuldrecht:

- Schulden aus Miet- und Pachtverträgen über Grundstücke und Räume, die im Zeitraum vom 01.04.2020 bis 30. 06.2020 entstanden sind, dürfen nicht zur Begründung einer außerordentlichen Kündigung herangezogen werden. Allerdings muss der in Verzug geratene Mieter/Pächter glaubhaft machen, dass die Schulden im Zusammenhang mit der Corona-Krise stehen.
- Moratorium für Dauerschuldverhältnisse (ohne Arbeits-, Miet- und Darlehensverträge)
- Verbraucher und Kleinunternehmer (Einzelhändler mit bis zu 9 Beschäftigten und maximal 2 Millionen € Jahresumsatz) die wegen der Corona-Krise ihre vertraglichen Pflichten (mit

Ausnahme von Arbeits-, Miet – und Darlehensverträgen) nicht erfüllen können, dürfen die Leistung bis zum 30.9.2020 verweigern.

Erfolge in Bezug auf Verordnungen und Rechtsverordnungen:

- Wir haben die Positivliste als Auslegungshinweis zur Corona-Verordnung gefordert und damit deutlich mehr Transparenz für den Handel mit Mischsortimenten bekommen. Bei zulässigen Mischsortimenten wurde die Trennung der nicht zugelassenen Sortimente vorübergehend ausgesetzt. Bei den Mischsortimenten haben wir erreicht, dass nicht zugelassene Randsortimente mitverkauft werden dürfen.
- Die Aufhebung der Sonntagsfahrverbote wurde bis 30.06.2020 erreicht.
- Die Aufhebung des Verbotes der Öffnung an Sonn- und Feiertagen wurde während des Lockdowns realisiert.
- Die Aufhebung des Verbots der Nachtanlieferung wurde während des Lockdowns durchgesetzt.

Erfolge und Forderungen zur Erhaltung der Liquidität

- Die Stundung von Steuerzahlungen (Lohn-, Umsatz-, Einkommen-, Körperschaftsteuer) wurde realisiert. Wir fordern eine einfache und durchgängige Beantragung.
- Die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen wurde durchgesetzt. Auch hier fordern wir eine einfache und durchgängige Beantragung. Zusätzlich fordern wir, dass Sozialversicherungsträger organisatorisch regeln und Abbuchungen unterbrechen können.
- Die Stundung von kommunalen Steuern und Abgaben wurde erreicht. Die Gewerbesteuer und Sondernutzungsgebühren kann für die Zeit des Shutdowns ausgesetzt werden.
- Das Aussetzen von drohenden Vollstreckungsmaßnahmen wurde verwirklicht.
- Wir fordern grundsätzlich den Verzicht auf Stundungszinsen.

Erfolge und Forderungen zur Schaffung von zusätzlicher Liquidität

- Seit dem 25.03.2020 sind Soforthilfen mit einem nichtrückzahlbaren Zuschuss von bis zu 30.000,00 € abrufbar. Die anfängliche Vermögensprüfung von Antragsstellern, welche zu Problemen in der Antragstellung führte, ist seit Sonntag 28.03.20 ausgesetzt.
- Wir richteten für Sie eine kostenlosen Antragsberatung ein, um eine schnellstmögliche Ausschüttung der Zuschüsse zu gewährleisten.
- Seit Dienstag, dem 31.03.2020 wurde ein weiteres Soforthilfeprogramm für Unternehmen mit mehr als 50 und bis 250 Mitarbeitern angekündigt.
- Wir erarbeiteten eine ebenfalls angekündigte und von uns bereits konzipierte vom Ministerium vollfinanzierte Unternehmensberatung neben der Soforthilfe- und Kreditberatung für alle KMU-Unternehmen in Baden-Württemberg (bis zu 4 Tage)
- Liquiditätsprogramme der KfW und L-Bank

Initiativen für den Handel

- Mit unserer Initiative „Handel ist Leben“ haben wir gegenüber der Öffentlichkeit und der Politik die große Not der Branche deutlich gemacht
- Mit der Initiative „Lokalhelden-BW“ hat der Gemeindetag und Handelsverband ein Online-Schaufenster für die Unterstützung von Handel, Gastronomie und Dienstleistern in Baden-Württemberg während der Corona-Krise erschaffen
- Aufgrund der Initiative „Händler helfen Händler“ des HBW entstand das nationale Projekt „Gemeinsam handeln“. Mit der Plattform „Gemeinsam handeln“ haben der HBW, der HDE und EHI eine nationale Plattform für die Vermittlung von Personal während der Krise geschaffen
- Mietrecht Verhaltenscodex zwischen HDE und ZIA

Mit unserem 10-Punkte-Plan mit den Vorschlägen des Einzelhandels für eine Exit-Strategie, stellen wir unsere Forderung für den Einzelhandel an die Regierung!